Anträge

Inhaltsverzeichnis

Bezeichner	Titel · Antragsteller · Empfehlung	Seite
02	Grundschulübergang JU Steinburg	3
03	Afrika JU RD-ECK	4
04	Wirtschaft 2.0 JU RD-ECK, JU SL-FL	6
05	Gesetzlichen Mindestlohn nicht für Willkür und Populismus öffnen JU Dithmarschen	10
06	Gemeinsamer Antrag der JU Kreisverbände Pinneberg, Steinburg, Dithmarschen und Nordfriesland zur Infrastruktur JU Pinneberg, JU Dithmarschen, JU Steinburg, JU Nordfriesland	11
07	Modernisierung der Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch - Stärkung des Selbstbestimmungsrechts der Frau JU Pinneberg	14
08	Antrag für eine offene und kooperative Digitalisierung des Landes Schleswig- Holstein JU Lübeck	17
09	ESG-Reporting entschlacken: Weniger Bürokratie für Unternehmen JU SL-FL	18
10	Standortpolitik ist die beste Industriepolitik! JU SL-FL	20
11	Notfallseelsorge evaluieren und anpassen! JU Kiel	22
12	Sofort Handeln – Förderung einer Meldestelle für Antislawismus und Ukrainefeindlichkeit in Schleswig-Holstein JU Kiel	23
13	Steuergeld schützen – handeln, bevor es zu spät wird! JU Kiel	24
14	Duales Studium für das Lehramt Kommission Bildung	25
15	Blauzungenkrankheit bekämpfen JU Dithmarschen	30
16	Eine starke ambulante Versorgung als Grundpfeiler unseres Gesundheitssystems Kommission Gesundheit und soziale Sicherungssysteme, JU Stormarn	31
17	Nicht zum Lachen – Missbrauch von Lachgas einschränken! Kommission Gesundheit und soziale Sicherungssysteme	33
18	Wandel im Arbeitsmarkt begleiten - CO-Working Spaces aktiv und sinnvoll fördern JU Stormarn	35

Bezeichner	Titel · Antragsteller · Empfehlung	Seite
19	Wehrhafte Demokratie: Maßnahmen zur Sicherheit und Unterstützung von Kommunalpolitikern JU Stormarn	36

Antrag 02: Grundschulübergang

Antragsteller:	JU Steinburg
Status:	eingereicht

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 1 • für den Übertritt von der Grundschule ans Gymnasium in den Kernfächern
- 2 Mathematik und Deutsch jeweils mindestens befriedigende Leistungen (3) im
- 3 Halbjahreszeugnis der 4. Klasse vorauszusetzen.

Begründung

Aktuell gilt in Schleswig-Holstein im Gegensatz zu einigen anderen Bundesländern das freie Elternwahlrecht, sodass es eine unverbindliche Grundschulempfehlung für die weiterführende Schule gibt; die Eltern können sich also entscheiden der Empfehlung zu folgen oder sie zu ignorieren. Falls Eltern ihr Kind entgegen der Empfehlung am Gymnasium anmelden, muss ein verpflichtendes Beratungsgespräch geführt werden, wenngleich auch die in diesem Beratungsgespräch geäußerten Empfehlungen/Bedenken von den Eltern ignoriert werden können.

Zahlreiche Eltern, deren Kinder eine Grundschulempfehlung für die Gemeinschaftsschule erhalten, neigen dazu, ihr Kind dennoch für die 5. Klasse am Gymnasium anzumelden, obwohl in den Kernfächern Mathematik und Deutsch oft keine befriedigenden Leistungen vorliegen. Häufig erfolgt dieser Schritt seitens der Eltern trotz des Wissens um fachliche und (selbst-)organisatorische Defizite bei ihren Kindern und trotz der Bedenken, die im Beratungsgespräch seitens der Orientierungsstufenleitungen geäußert worden sind. Darunter gibt es Eltern, die billigend in Kauf nehmen, dass ihre dann offensichtlich überforderten Kinder in manchen Fällen (unter anderem durch gehäufte Misserfolge) auffällige Schul- und Versagensängste entwickeln und sich teilweise auch größere Fehlzeiten ansammeln. Das wiederum kann Auswirkungen auf die psychosomatische Verfassung der betroffenen Kinder haben. (Stichwort: Kindeswohl). Häufig quälen sich die Kinder regelrecht durch die Unterstufe und werden am Ende der 6. Klasse an eine Gemeinschaftsschule schrägversetzt, wobei dies häufig bereits am Ende der Grundschule absehbar war. Um den Kindern diese Versagenserfahrung zu ersparen, sollte Kindern mit Grundschulnoten, die ein erfolgreiches Mitarbeiten am Gymnasium als unwahrscheinlich erscheinen lassen, die Anmeldung am Gymnasium verwehrt werden.

Neben den Erwägungen zum Kindeswohl gibt es noch weitere Komponenten, die für eine Begrenzung des Gymnasialzugangs sprechen. Um am Gymnasium zurechtzukommen, müssen die Kinder wenigstens in einem befriedigenden Maße über die in der Grundschule vermittelten Grundfertigkeiten verfügen. Ansonsten kann das Kind am Gymnasium gegebenenfalls nicht optimal gefördert werden und es wären an einer Gemeinschaftsschule höhere Lernzuwächse zu erwarten. Außerdem kann bei einer zu hohen Quote an leistungsschwachen Kindern in einer Klasse eine gymnasiale Arbeitsweise nur bedingt stattfinden, wodurch das Schulniveau an den Gymnasien absinken würde. Nicht zuletzt sollte die professionelle Einschätzung der Grundschullehrer nach einer vierjährigen Erfahrung mit den Kindern nicht ignoriert, sondern angemessen gewürdigt und berücksichtigt werden. Zugleich besteht bei Kindern, die sich an der Gemeinschaftsschule als unterfordert erweisen, die Möglichkeit, nach der sechsten Klasse (im Einzelfall auch früher) ans Gymnasium zu wechseln.

Antrag 03: Afrika

Antragsteller:	JU RD-ECK
Status:	eingereicht

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 1 • dass die Bundesregierung und Europäische Union ideologisch motivierte
2 Belehrungen afrikanischer Staaten unterlässt.
- 3 • dass die Europäische Kommission eine Afrika-Strategie entwickelt, welche den
4 Kontinent als Ganzes betrachtet und sich nicht auf einzelne Staaten oder
5 Regionen beschränkt.
- 6 • dass Mitgliedstaaten der Europäischen Union ohne Abstimmung in der Europäischen
7 Union keine Abkommen oder unterstützende Leistungen eingehen.
- 8 • die Fokussierung der Kooperation mit den afrikanischen Staaten auf die Schaffung
9 von Wohlstand in den afrikanischen Staaten durch finanzielle und logistische
10 Unterstützungsleistungen sowie der Förderung privatwirtschaftlicher Beziehungen.
- 11 • den Abbau von handelshemmenden Regelungen in der EU, insbesondere eine
12 Abschaffung der EU-Lieferkettenrichtlinie.
- 13 • die Konzentration der Europäischen Union auf die Investitionssicherung für große
14 energiewirtschaftliche Projekte zur Nutzung erneuerbarer Energien auf dem
15 afrikanischen Kontinent.
- 16 • die Unterstützung des Abbaus innerafrikanischer Handelshemmnisse durch die
17 Europäische Union.

Begründung

Anfang April 2024 löste die grüne Umweltministerin Lembke einen diplomatischen Kleinkrieg mit Botsuana im südlichen Afrika aus: Als Reaktion auf ein Verbot der Einfuhr von Jagdtrophäen bot der Botsuanische Präsident Deutschland 20.000 Elefanten als Geschenk an. Ein "Nein" zu dem Geschenk würde man dabei nicht akzeptieren. Dieses Beispiel zeigt exemplarisch die verfehlte Afrikapolitik der Bundesregierung und Europäischen Union. Diese Übergriffigkeit auf afrikanische Staaten macht die Sonntagsreden von einer "Partnerschaft auf Augenhöhe" hinfällig. Dabei ist in der Konkurrenz zu anderen Playern wie China um die Gunst der afrikanischen Partner ein einheitliches Konzept der europäischen Staaten besonders wichtig. Dieses muss auf Ebene der Europäischen Union erarbeitet und dessen Umsetzung koordiniert werden.

Dabei müssen die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten müssen dabei ihre Attraktivität als Partner gegenüber Staaten des afrikanischen Kontinents steigern. Hierfür ist zwingend, dass neben Unterstützungsleistungen wie Entwicklungshilfen auch die Eingehung wirtschaftlicher Beziehungen im privatwirtschaftlichen Bereich durch staatliche Anreize unterstützt werden. Hierfür muss die Europäischen Union Gesetzgebungsakte unterlassen, die den Handel hemmen. Exemplarisch seien hier die komplexen Regelungen der EU-Lieferkettenrichtlinie (CSDDD), die das Misstrauen gegenüber afrikanischen Staaten in die Form einer Richtlinie gegossen hat.

Riesige Chancen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit bestehen auf dem Gebiet der Energiewirtschaft. Hier muss die Europäische Union gemeinsam mit einzelnen Staaten Afrikas eine Grundlage für große Investitionen der europäischen Privatwirtschaft schaffen. Damit solche Anstrengungen nachhaltigen Erfolg

haben, müssen auch Handelshemmnisse innerhalb Afrikas abgebaut werden.

Antrag 04: Wirtschaft 2.0

Antragsteller:	JU RD-ECK, JU SL-FL
Status:	eingereicht

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 1 • die Erhöhung des Grundfreibetrages auf 18.000 EUR mit Anpassung an die
- 2 Inflation.
- 3 • die Streckung der Progression in der Einkommensteuer mit Anpassung an die
- 4 Inflation.
- 5 • die Abschaffung des Solidaritätszuschlages.
- 6 • die jährliche Auszahlung von 50 Überstunden steuerfrei bei
- 7 Vollzeitbeschäftigung.
- 8 • die Abschaffung des Bürgergeldes und dessen Ersatz durch ein neues
- 9 Sozialleistungssystem, welches die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt als
- 10 Hauptziel definiert und die Verfassungsrechtlichen möglichen Grenzen für
- 11 Sanktionen für Arbeitsverweigerung voll ausgeschöpft.
- 12 • eine Überprüfung aller bestehenden regulierenden Gesetze und Verordnungen mit
- 13 unmittelbarem oder mittelbarem wirtschaftlichem Bezug.
- 14 • ein Moratorium für den Erlass neuer regulierender Gesetze und Verordnungen.
- 15 • Rücknahme der Einführung der CO2-Maut
- 16 • die ausschließliche Festlegung des Mindestlohns durch die Mindestlohnkommission.
- 17 • Verhandlungen neuer Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA sowie
- 18 weiteren bedeutenden Handelspartnern

19 **Begründung:**

20 Zur Belebung der Wirtschaft bedarf es Anreize für die Leistungsträger der
21 Gesellschaft. Diese bilden mit ihrer Arbeit die Basis für das Wachstum der
22 Unternehmen. Dabei ist es maßgeblich, dass wir sowohl unsere Wirtschafts- als auch
23 unsere Steuerpolitik reformieren, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

24 Ein effektiver Ansatz stellt hierfür eine Reform der Einkommensteuer dar. Über die
25 Anhebung des Grundfreibetrages wird die Unterschicht steuerlich bessergestellt,
26 wohingegen sich die Streckung der Progression an die Mittelschicht richtet. Aber auch
27 die immer wieder geforderte und nur teilweise umgesetzte Abschaffung des
28 Solidaritätszuschlages muss nun in Gänze umgesetzt werden. Eine teilweise steuerliche
29 Ungleichbehandlung und zusätzliche Belastung der Leistungsträger der deutschen
30 Wirtschaft ist gerade in Zeiten der Inflation nicht mehr zeitgemäß.

31 Unsere Wirtschaftspolitik muss sich wieder stärker an dem Leistungsgedanken
32 orientieren. Leistung muss sich (wieder) lohnen! Dazu gehört, dass wieder Anreize
33 geschaffen werden, für seinen eigenen Lebensunterhalt zu sorgen. Es müssen
34 finanzielle Anreize geschaffen werden, einer Tätigkeit nachzugehen; gerade auch vor
35 dem Hintergrund des bestehenden Fachkräftemangels.

36 Das Bürgergeld ist ein Anreiz zur Nichtarbeit. Es muss daher abgeschafft und durch

37 ein Sozialleistungssystem ersetzt werden, das geeignet ist, gleichzeitig soziale Not
38 zu lindern und den Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt als Hauptziel aktiv fördert.
39 Wer arbeiten kann, muss auch arbeiten – das ist eine Verantwortung, die man auch ggü.
40 der Gesellschaft trägt und die deshalb unser Sozialleistungssystem maßgeblich prägen
41 muss. Wiedereingliederungsmaßnahmen (u. a. auch Schulungen u. ä.) müssen im
42 Vordergrund stehen und aktiv begleitet und gefördert werden.

43 Überbürokratisierung ist ein wesentlicher Grund für die schlechte wirtschaftliche
44 Situation Deutschlands. Bürokratieabbau ist bereits zum Buzzword verkommen, jedoch
45 absolut notwendig. Mit einem entschlossenen Vorgehen, dass jedes Gesetz und jede
46 Verordnung in Frage stellt und dazu führt, überflüssige Regulierungen abzuschaffen,
47 wird dem Ziel genüge getan. Durch ein Moratorium muss dabei der Aufbau neuer
48 Regulierungen unterbunden werden, sofern diese nicht zwingend notwendig sind.

49 Die erhebliche Steigerung der LKW-Maut stellt eine versteckte Steuererhöhung dar. Da
50 ein bedeutender Teil des Frachtaufkommens per LKW transportiert wird, resultierte
51 daraus ein inflationärer Schub, der die ohnehin hohe Inflation zusätzlich angeschoben
52 hat. Eine Senkung

53 schafft hier eine einmalige Entlastung für die Verbraucherpreise. Die politische
54 Erhöhung des Mindestlohnes führt in gleicher Weise zu inflationären Schüben, die
55 Produkte und insbesondere Dienstleistungen verteuern. Die höheren Personalkosten
56 können insbesondere Kleinbetriebe wie bspw. Gaststätten und Friseure nur schwer
57 kompensieren. Der Mindestlohn darf daher nicht durch politische Debatten bestimmt
58 werden, sondern nur durch eine Expertenkommission.

59 Ein weiterer maßgeblicher Pfeiler unserer Wirtschaft sind Handelsbeziehungen zu
60 anderen Ländern. Freihandelsabkommen mit anderen Staaten und Wirtschaftsräumen bauen
61 tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse ab und erleichtern so den Handel für
62 deutsche Unternehmen. Der Abschluss von Handelsabkommen ist daher maßgeblich für ein
63 Wirtschaftswachstum und eine auf dem internationalen Markt konkurrenzfähige
64 Wirtschaft und muss deshalb vorangetrieben werden.

65 **Baugewerbe**

66 **Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert**

- 67 • die Abschaffung der Grunderwerbssteuer für die erste selbstgenutzte Immobilie
- 68 • eine Absetzmöglichkeit für Zinsen von wohnwirtschaftlichen verwendeten Darlehen
- 69 • eine Lockerung der Regeln für die Ausweisung von Bauland und für die Abgabe von
70 Bauland durch Kommunen über Erbpacht
- 71 • die Überarbeitung der Landesbauordnung hinsichtlich der Zweckmäßigkeit von
72 Bauvorschriften sowie eine Anpassung von Standards zu den Landesbauordnungen
73 benachbarter Bundesländer.
- 74 • steuerliche Förderung von energetischen Maßnahmen an der zu Wohnzwecken
75 selbstgenutzten Immobilie in der Einkommensteuererklärung.
- 76 • Umgesetzt werden soll dies durch eine Steuerermäßigung bei der
77 Einkommensteuererklärung. Die Steuerermäßigung soll über das Maß hinausgehen,
78 welches bereits durch die steuerliche Förderung nach §35c des EStG umgesetzt
79 wird, so dass ein echter Anreiz geschaffen wird, Aufwendungen zu tätigen die zu
80 einer energetischen Sanierung der Immobilie führen. Umgesetzt werden soll dies

81 durch eine Steuerermäßigung in Höhe von 20% des Rechnungsbetrages der Sanierung,
82 maximal 18.000€ im Kalenderjahr.

- 83 • eine grundlegende Reform des Gebäudeenergiegesetz

84 **Begründung:**

85 Der wirtschaftliche Einbruch im Baugewerbe ist einerseits für die vielen kleinen und
86 mittleren Bauunternehmen existenzgefährdend und andererseits führt dieser zu einer
87 Verschärfung der Wohnungsnot. Um das Baugewerbe zu beleben und in der Folge auch eine
88 Linderung der Wohnungsnot herbeizuführen, sollen Sonderabschreibungen für Neubauten
89 steuerliche Anreize zur Schaffung neuen Wohnraums geben. Die Absetzbarkeit von Zinsen
90 von wohnwirtschaftlichen verwendeten Darlehen verbessert zudem die
91 Finanzierungsmöglichkeiten für Privatpersonen.

92 Die Ausweisung von neuem Bauland muss vereinfacht und beschleunigt möglich sein, um
93 der steigenden Nachfrage nach Wohnraum gerecht zu werden. Ein höheres Angebot an
94 Bauland reduziert außerdem den Preisdruck bei. Die Überarbeitung der Landesbauordnung
95 ermöglicht einerseits die Streichung überkommener Vorschriften und andererseits eine
96 Abstimmung mit benachbarten Bundesländern hinsichtlich der Standardisierung von
97 Vorschriften. Insbesondere letzteres ermöglicht schnellere Planungsverfahren, da
98 Unternehmen auf standardisierte Pläne für vergleichbare Bauprojekte zurückgreifen
99 können, ohne länderspezifische Sondervorschriften (bspw. einzubauende Fenster, etc.)
100 vorab jeweils neu prüfen zu müssen. Aus beiden Maßnahmen folgt eine Reduzierung der
101 gesamten Baukosten und erhöht damit die Rentabilität von Mietobjekten und erleichtert
102 die Finanzierbarkeit von Eigenheimen.

103 Um energetische Sanierungen herbeizuführen, sollte auf Anreize gesetzt werden, die
104 ohne großen bürokratischen Aufwand möglich sind. Dies ist über Steuererstattungen
105 leichter möglich als über Förderanträge. Zudem setzt dieser Weg auf Freiwilligkeit
106 und ermöglicht es, jedem Eigentümer nach seinen finanziellen Möglichkeiten tätig zu
107 werden. Das grüne Heizungsgesetz ist das Gegenteil davon. Es erzwingt den Einbau
108 bestimmter Heizsysteme, die ggf. größere energetische Sanierungen notwendig machen.
109 Die finanzielle Situation der Eigentümer wird durch das Förderprogramm unzureichend
110 berücksichtigt.

111 **Industrie**

112 **Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert**

- 113 • die Abschaffung des Lieferkettengesetzes und der EU-Lieferkettenrichtlinie.
- 114 • Technologieoffenheit in der Antriebstechnologie von Fahrzeugen.
- 115 • eine Senkung der Energie- und Stromsteuer auf ein wettbewerbsfähiges Minimum.
- 116 • Technologieoffenheit auch unter Einschluss der Kernkraft in der
117 Energieerzeugung.
- 118 • Nicht börsennotierte Unternehmen von der CSRD-Richtlinie befreien

119 **Begründung:**

120 Für Unternehmen der Industrie mit ihren weitverzweigten Wertschöpfungsketten ist die
121 Umsetzung des Lieferkettengesetzes bzw. der EU-Lieferkettenrichtlinie mit hohem
122 Aufwand und somit auch hohen Kosten verbunden. Es setzt nicht nur eigenes Engagement
123 voraus, sondern auch die Bereitschaft, in der Lieferkette vorgelagerter Unternehmen

124 diesen Aufwand mitzutragen. Wenn diese Bereitschaft nicht gegeben ist, werden dadurch
125 internationale Geschäftsbeziehungen durchschnitten; ist sie gegeben, dann steigen in
126 der Folge die Kosten in der Beschaffung. Dadurch werden internationale
127 Wirtschaftsbeziehungen unnötig erschwert. Zur Anhebung von Standards auch im
128 internationalen Warenverkehr sind stattdessen Investitionen nötig, die insbesondere
129 erst durch den Aufbau wirtschaftlicher Beziehungen bedingt werden. Daher müssen wir
130 unsere Unternehmen darin unterstützen, entsprechende Beziehungen einzugehen und nicht
131 durch Gesetze wie dem Lieferkettengesetz Steine in den Weg legen.

132 Das Verbot des Verbrennungsmotors stellt den Wirtschaftsstandort Deutschland vor
133 große Herausforderungen. In wenigen Jahren werden hierdurch viele Unternehmen in die
134 Insolvenz gezwungen und zehntausende Arbeitsplätze werden wegfallen. In der
135 Vergangenheit hat sich bereits oft gezeigt, dass von der Politik vorgegebene
136 bestimmte Produktionswege nicht den (erhofften) wirtschaftlichen Erfolg bringen. Wir
137 dürfen Wirtschaftspolitik nicht ideologisch denken, sondern müssen den Wandel zu
138 neuen Antriebstechnologien dem marktwirtschaftlichen Wettbewerb überlassen.

139 Energie ist für industrielle Produktion unerlässlich. In Deutschland ist Energie zu
140 teuer, um global wettbewerbsfähig produzieren zu können. Die Steuern auf Energie und
141 Strom sollten auf das europäische Minimum gesenkt werden, um die globale
142 Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland zu sichern.

143 Hierzu gehört auch, Technologieoffenheit zu garantieren. Die Technologie, mit der
144 Energie erzeugt wird, soll durch die Energieerzeuger selbst festgelegt werden, sofern
145 diese die erforderlichen Sicherheits- und Umweltstandards erfüllt. Die günstigste und
146 gleichzeitig effektivste Methode der Energieerzeugung wird sich dabei durchsetzen.

Antrag 05: Gesetzlichen Mindestlohn nicht für Willkür und Populismus öffnen

Antragsteller:	JU Dithmarschen
Status:	eingereicht

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 1 Die Festlegung des gesetzlichen Mindestlohns einzig anhand der Empfehlung der
- 2 Mindestlohnkommission.

Begründung

Im Bundestagswahlkampf 2021 plakatierte die SPD „Jetzt 12 Euro Mindestlohn wählen.“ Dabei wird der Mindestlohn normalerweise anhand der Empfehlungen der Mindestlohnkommission festgelegt. Diese Kommission setzt sich paritätisch aus Vertretern der Arbeitgeber und der Gewerkschaften zusammen, sowie einem unabhängigen Vorsitzenden und zwei wissenschaftlichen Beratern, welche allerdings kein Stimmrecht haben.

Bei der Einführung des Mindestlohns sagte die damalige Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD), dass man keinen politisch festgelegten Mindestlohn haben wolle. Dies würde „Willkür und Populismus Tür und Tor“ öffnen.^[1] Aus diesem Grund wurde die unabhängige Mindestlohnkommission eingeführt.

Im Bundestagswahlkampf 2021 versicherte die SPD dann, dass man den Mindestlohn nur einmalig politisch festlegen wolle und sich danach wieder an die Empfehlungen der Kommission halten wolle.^[2] Nun kommt Kanzler Olaf Scholz mit der Forderung um die Ecke, den Mindestlohn schrittweise auf 15 € die Stunde anzuheben.² Auch Arbeitsminister Heil hat sich dieser Forderung angeschlossen.^[3] Wir halten es an dieser Stelle ausnahmsweise mal mit einer SPD-Politikerin und sagen: „Wir wollen keinen politisch festgesetzten Mindestlohn. Das öffnet Willkür und Populismus Tür und Tor.“^[4]

^[1]www.wiwo.de/politik/deutschland/scholz-und-der-mindestlohn-schafft-die-mindestlohn-kommission-doch-gleich-ab/29783222.html

^[2]<https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/mindestlohn-wirtschaftsvertreter-empoert-ueber-olaf-scholz-forderung-nach-erhoehung-a-3552403d-8932-43a7-9235-696306153aa5>; <https://www.morgenpost.de/politik/article242331972/15-Euro-Mindestlohn-Das-steckt-hinter-der-Scholz-Forderung.html>

^[3]<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/heil-mindestlohn-108.html>

^[4]<https://www.youtube.com/watch?v=KMuhvnE9XEw> (Phoenix)

Antrag 06: Gemeinsamer Antrag der JU Kreisverbände Pinneberg, Steinburg, Dithmarschen und Nordfriesland zur Infrastruktur

Antragsteller:	JU Pinneberg, JU Dithmarschen, JU Steinburg, JU Nordfriesland
Status:	eingereicht

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 1 • die A20 mit einer Elbquerung bei Glückstadt zügig fertiggestellt wird.
- 2 • der Ausbau der A23 von Elmshorn bis zur Ausfahrt Hamburg Eidelstedt auf jeweils
3 drei Spuren zeitnah erfolgt.
- 4 • das der Bau des 3 und vierten Gleises auf der Strecke Elmshorn – Pinneberg
5 beschleunigt wird.
- 6 • die B5 dreispurig ausgebaut wird. Konkret fordern wir die Fortführung des
7 Ausbaus im ersten Teilabschnitt Husum-Rothenspieker, sowie des fünften
8 Abschnitts (Husum-Süd) und Beibehaltung des Baustellenmanagements für die
9 künftigen Bauabschnitte sowie die konsequente Durchführung des
10 Planfeststellungsverfahrens für die Abschnitte 2 bis 4.
- 11 • die Marschbahn bis zur Insel Sylt, auch auf dem Hindenburgdamm, komplett
12 elektrifiziert wird
- 13 • die Marschbahn zweigleisig im Abschnitt zwischen Niebüll und Klanxbüll sowie
14 Morsum-Tinum ausgebaut wird
- 15 • die Marschbahn im Abschnitt Morsum-Tinum in das Bundesschienenausbaugesetz
16 aufgenommen wird
- 17 • die Eisenbahnbrücke über den NOK in Hochdonn für moderne Güterzüge ertüchtigt
18 wird.

Begründung

Die Infrastruktur in einem Bundesland stellt einen wichtigen Standortfaktor bei der Ansiedlung von Industrie dar. Die stellenweise marode Infrastruktur in Schleswig-Holstein, besonders an der Westküste des Landes, ist bereits seit Jahren ein politisch heiß diskutiertes Thema. Seit dem Entschluss des schwedischen Batterieherstellers Northvolt bei Heide eine neue Fabrik zu errichten, ist die Lage der Infrastruktur der Region zunehmend Gegenstand der medialen Berichterstattung. Um den Anforderungen von Northvolt sowie der bereits ansässigen Unternehmen der Region gerecht zu werden, benötigt es die zügige Umsetzung der nachfolgenden überregionalen Infrastrukturprojekte. Andernfalls werden Chancen für Schleswig-Holstein vertan und das Wirtschaftswachstum gebremst.

Weiterbau der A20

Der Weiterbau der A20 ist ein zentrales Infrastrukturprojekt um einerseits die Ost/ West Verbindung in Schleswig- Holstein zu verbessern, andererseits bindet das Projekt mit dem geplanten Elbtunnel bei Glückstadt das Bundesland Niedersachsen deutlich besser an Schleswig-Holstein an. Durch den Elbtunnel lassen sich Waren einfacher gen Süden transportieren, die Unternehmen an der Westküste können ihr Einzugsgebiet für Fachkräfte vergrößern und der Elbtunnel in Hamburg wird entlastet.

Seit Jahren herrscht jedoch Stillstand beim Bau der A20. Vermehrte Klagen bremsen das Projekt aus. Dies stellt insbesondere für die Bürgerinnen und Bürger in Bad Segeberg vor immense Herausforderungen, da

es hier täglich zu Staus kommt. Wir fordern daher die finanziellen Voraussetzungen für den Weiterbau der A20 zu schaffen und sobald die nächsten Bauabschnitte genehmigt werden, den Bau unmittelbar zu beginnen.

Ausbau der A23

Die A23 ist die wichtigste Verbindungsstrecke der Westküste zur Hansestadt Hamburg und zum Rest der Bundesrepublik. Täglich kommt es hier im Bereich des Kreises Pinneberg zu erheblichen Rückstaus – besonders im Berufsverkehr. Als Lösungsansatz wurde der Ausbau der jetzt vierspurigen Autobahn zu einer sechsspurigen Autobahn präsentiert. Um die zunehmenden Verkehrsströme bewältigen zu können, ist es notwendig den Ausbau der A23 schnellstmöglich voranzutreiben. Dies entlastet einerseits die Pendlerinnen und Pendler und bindet die Westküste Schleswig-Holsteins noch besser an den Süden an. Der Ausbau wird ab Elmshorn bis zum Anschluss an die A7 bei der Ausfahrt Hamburg Eidelstedt notwendig.

Ausbau der B5

Die B5 an der Westküste stellt eine der wichtigsten Bundesstraßen in Schleswig-Holstein dar. Sie führt von der dänischen Grenze durch die Kreise Nordfriesland, Dithmarschen und Steinburg bis nach Itzehoe. Anschließend geht die Bundesstraße 5 in die A23 über und führt ab Hamburg weiter gen Süden. Die Straße stellt somit an der Westküste die zentrale Route nach Norden und Süden dar. Auch hier kommt es zu einem vermehrten Verkehrsaufkommen. Für den Abschnitt zwischen Itzehoe und Brunsbüttel wurde die B5 bereits auf drei Spuren ausgebaut, sodass sich alle paar Kilometer die Fahrtrichtung abwechselt, die zweispurig befahren werden kann. Dieses Prinzip soll auf möglichst vielen Abschnitten der B5 umgesetzt werden, um den Verkehr in der Region zu entlasten.

Elektrifizierung der Marschbahn

Die Marschbahn von Hamburg nach Sylt ist teilweise elektrifiziert. So verkehren auf der Strecke von Hamburg nach Itzehoe Elektroloks. Ab Itzehoe müssen die Elektroloks durch Dieselloks ersetzt werden, die die Wagons bis nach Sylt ziehen. Dieses Vorgehen kostet Zeit, da der Wechsel der Lok bei jedem Zug bis zu 15 Minuten in Anspruch nimmt. Zudem handelt es sich bei Schleswig-Holstein, insbesondere die Westküste um den größten Produzenten von erneuerbaren Energien in Deutschland. Der Strom für den Betrieb der Bahnstrecke ist somit grundlegend vorhanden. In Hinblick auf den Standortvorteil Schleswig-Holsteins als grüner Industriestandort ist dieser Umstand kontraproduktiv.

Ertüchtigung der Eisenbahnbrücke bei Hochdonn

Entlang der Marschbahn quert diese den Nord-Ostsee-Kanal bei Hochdonn. Die dortige Eisenbahnbrücke, die bereits mehr als 100 Jahre alt ist, verfügt mittlerweile lediglich über eine Tragkraft, die von modernen Güterzügen bei weitem übertroffen wird. Dies hat zur Folge, dass Unternehmen, wie beispielsweise die Raffenerie bei Heide oder zukünftig auch Northvolt, ihre reguläre Länge der Güterzüge auf vier einzelne Fahrten über die Hochbrücke aufteilen müssen. Diese Waggons stellen sie in Itzehoe ab, was dort immens viel Platz für zusätzliche Abstellgleise bindet. Zudem kostet dieses Vorgehen viel Zeit und somit Geld für die Unternehmen.

Alternativrouten über Neumünster oder Flensburg sind zudem keine geeigneten Lösungen. Die Strecke über Flensburg ist deutlich länger und verursacht daher erhebliche Transportkosten. Die Strecke über Neumünster ist nur eingleisig befahrbar. Durch Güterzüge, insbesondere wenn Northvolt die Produktion aufnimmt, wird auf dieser Strecke der Personentransport erheblich gestört. Außerdem handelt es sich bei dieser Strecke um eine Bahnstrecke mit einer reduzierten Geschwindigkeit. Die Transportwege werden also auch hier länger und somit teurer.

Daher ist es für den Wirtschaftsstandort Westküste entscheidend, die Hochbrücke bei Hochdonn für die

modernen Güterzüge zu ertüchtigen. Sofern dies mit der alten Konstruktion nicht möglich ist, ist ein Neubau der Brücke am jetzigen oder an einem anderen Standort notwendig.

Antrag 07: Modernisierung der Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch - Stärkung des Selbstbestimmungsrechts der Frau

Antragsteller:	JU Pinneberg
Status:	eingereicht

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 1 • dass Schwangerschaftsabbrüche mit Einwilligung der Schwangeren bis zur 12. Woche
- 2 nach Nidation bei Durchführung eines Arztes legalisiert werden
- 3 • dass bei einer kriminellen Indikation i.S.d. § 218a Abs. 3 die Frist von 12 auf
- 4 22 Schwangerschaftswochen verlängert wird
- 5 • dass eine Beratung der Schwangeren i.S.d. § 219 StGB und i.V.m. dem SchKG
- 6 (Schwangerschaftskonfliktgesetz) nicht mehr verpflichtend ist, wenn die Frau das
- 7 25. Lebensjahr vollendet oder bereits ein Kind geboren hat
- 8 • dass freiwillige Schwangerschaftsberatungen insbesondere in Not- und
- 9 Konfliktlagen ausgebaut und stärker finanziell gefördert werden
- 10 • dass Ärztinnen und Ärzte im Medizinstudium verstärkt für
- 11 Schwangerschaftsabbrüche und den Umgang mit den Patientinnen geschult werden
- 12 • dass verständliche staatliche Informationskampagnen zu den Rechten der
- 13 Schwangeren aber auch zu Alternativen zum Schwangerschaftsabbruch entwickelt und
- 14 umgesetzt werden

Begründung

Die gesetzlichen Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch in Deutschland, verankert in den §§ 218 ff. StGB, sind das Ergebnis einer langen und komplexen Entwicklung, die maßgeblich durch zwei grundlegende Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) geprägt wurde.

Historisch betrachtet, stellte der Schwangerschaftsabbruch in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert eine strafbare Handlung dar. Mit der Einführung des Reichsstrafgesetzbuchs im Jahr 1871 wurde der Schwangerschaftsabbruch in § 218 StGB grundsätzlich unter Strafe gestellt. Dieses Verbot basierte auf der Prämisse des Schutzes des ungeborenen Lebens und der grundsätzlichen Pflicht der Mutter zur Austragung des Kindes.

Grundsatzentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts

Die erste bedeutende Entscheidung des BVerfG erging 1975 (BVerfGE 39, 1). Das Bundesverfassungsgericht entschied, dass die Menschenwürde nach Art. 1 Abs. 1 GG auch den ungeborenen Menschen schützt und diesem ein Recht auf Leben gemäß Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG zusteht. Diese Entscheidung stellte klar, dass der Staat die Pflicht hat, das ungeborene Leben zu schützen, und dass ein Schwangerschaftsabbruch grundsätzlich als Unrecht zu bewerten ist. Das Gericht betonte jedoch auch, dass die Grundrechtsposition der Mutter berücksichtigt werden müsse, sodass ein Schwangerschaftsabbruch in bestimmten Ausnahmefällen zulässig sein könne.

Die zweite wegweisende Entscheidung des BVerfG erfolgte 1993 (BVerfGE 88, 203). Diese Entscheidung führte zur Einführung des heutigen Modells der Fristenregelung mit Beratungspflicht. Das Gericht befand, dass ein Schwangerschaftsabbruch bis zur 12. Schwangerschaftswoche nach einer verpflichtenden

Beratung straffrei sein könne, wenn die Frau sich in einer Notlage befinde. Diese Regelung sollte sicherstellen, dass das ungeborene Leben geschützt wird, während gleichzeitig die Selbstbestimmungsrechte der Frau berücksichtigt werden.

Weiterentwicklung der gesetzlichen Regelungen

Die derzeitige Gesetzgebung, kodifiziert in den §§ 218, 218a StGB, spiegelt diese verfassungsgerichtlichen Vorgaben wieder. § 218 StGB stellt den Schwangerschaftsabbruch grundsätzlich unter Strafe, während § 218a StGB Ausnahmen definiert, unter denen ein Abbruch straffrei bleibt. Diese Ausnahmen umfassen unter anderem den ärztlich durchgeführten Schwangerschaftsabbruch nach vorheriger Beratung bis zur 12. Woche und Abbrüche aufgrund medizinischer oder kriminologischer Indikation.

Wir sehen dennoch Reformbedarf!

Trotz der bestehenden Regelungen gibt es weiterhin gesellschaftliche und politische Diskussionen über die Angemessenheit und Ausgestaltung der Gesetze zum Schwangerschaftsabbruch. Expertenkommissionen, wie die Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin, haben in ihren Berichten umfassende Empfehlungen zur weiteren Reform der gesetzlichen Rahmenbedingungen gegeben.

Wir greifen diese Empfehlungen auf und streben eine Modernisierung der gesetzlichen Regelungen an, um sowohl den Schutz des ungeborenen Lebens als auch die Selbstbestimmungsrechte der Frauen angemessen zu berücksichtigen. Wir sind zuversichtlich, dass das BVerfG über 30 Jahre nach der letzten Entscheidung insbesondere in der Frühphase der Schwangerschaft anders zwischen Selbstbestimmungsrecht der Frau und dem Schutz des ungeborenen Lebens gewichtet wird.

Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen bis zur 12. Woche

Es braucht eine Entstigmatisierung von Schwangerschaftsabbrüchen. Durch die Umformulierung von einer nicht geahndeten Straftat in eine legale Handlung wird das Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihren eigenen Körper in den Vordergrund gestellt. In den ersten Wochen der Schwangerschaft tritt das Lebensrecht des Embryos/Fetus hinter die Grundrechte der Schwangeren zurück - dieser Abwägung wird die aktuelle gesetzliche Regelung nicht vollumfänglich gerecht, mithin bedarf es einer Reformation dieser.

Verlängerung der Frist bei krimineller Indikation

Die Verlängerung der Frist von 12 auf 22 Schwangerschaftswochen bei einer kriminellen Indikation (z.B. nach einer Vergewaltigung) berücksichtigt die Tatsache, dass Frauen aufgrund des Traumas und der psychischen Belastung einer solchen Tat oft erst spät ihre Schwangerschaft bemerken oder realisieren. Diese Anpassung der Frist bietet den betroffenen Frauen die notwendige Zeit, um eine informierte und wohlüberlegte Entscheidung treffen zu können.

Keine verpflichtende Beratung nach Vollendung des 25. Lebensjahres

Die verpflichtende Beratung der Schwangeren i.S.d. § 219 StGB und i.V.m. dem SchKG (Schwangerschaftskonfliktgesetz) bis zum 25. Lebensjahr soll junge Frauen besonders schützen und unterstützen. Für ältere Frauen oder Frauen, welche bereits ein Kind geboren haben, sollte die Beratung freiwillig sein, um ihre Autonomie und Selbstbestimmung zu respektieren. Gleichzeitig soll das Angebot bestehen bleiben, um sicherzustellen, dass alle Frauen Zugang zu Unterstützung und Informationen haben, wenn sie dies wünschen.

Um dies vollumfänglich gewährleisten zu können, ist der Ausbau und die stärkere finanzielle Förderung freiwilliger Schwangerschaftsberatungen in Not- und Konfliktlagen entscheidend, um Frauen in schwierigen Situationen bestmöglich zu unterstützen. Diese Beratungen bieten umfassende Unterstützung und Information, was dazu beitragen kann, dass Frauen informierte und selbstbestimmte Entscheidungen

treffen können .

Schulung von Ärztinnen und Ärzten im Medizinstudium

Die verstärkte Schulung von Medizinstudierenden im Bereich Schwangerschaftsabbrüche und im Umgang mit den betroffenen Patientinnen ist notwendig, um eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung sicherzustellen. Diese Ausbildung trägt dazu bei, dass Ärztinnen und Ärzte kompetent und einfühlsam mit den speziellen Bedürfnissen und Herausforderungen, die mit Schwangerschaftsabbrüchen verbunden sind, umgehen können.

Staatliche Informationskampagnen

Die Entwicklung und Umsetzung verständlicher staatlicher Informationskampagnen zu den Rechten der Schwangeren sowie zu Alternativen zum Schwangerschaftsabbruch sind unerlässlich, um die Öffentlichkeit umfassend zu informieren. Solche Kampagnen können dazu beitragen, Vorurteile abzubauen und ein besseres Verständnis für die komplexen Entscheidungen und Herausforderungen, denen sich Schwangere gegenübersehen, zu fördern.

Antrag 08: Antrag für eine offene und kooperative Digitalisierung des Landes Schleswig-Holstein

Antragsteller:	JU Lübeck
Status:	eingereicht

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 1 • die CDU Schleswig-Holstein dazu auf, sich im Rahmen der Landespolitik dafür
- 2 einzusetzen, dass die Städte und Gemeinden Kooperationen im Bereich der
- 3 Digitalisierung der Verwaltung ausbauen. Die Ergebnisse dieser Kooperationen
- 4 sollten quelloffen zur Verfügung stehen.

Begründung

Die Digitalisierung der Prozesse und Dienstleistungen der Städte und Gemeinden schreitet lobenswerterweise voran. Dennoch sind viele Dienstleistungen weiterhin nicht digital verfügbar. Gleichzeitig sind (hoffentlich) alle Städte und Gemeinden dabei, ihre eigenen Prozesse und Dienstleistungen zu digitalisieren. Dabei wird viel Arbeit deutschlandweit doppelt, dreifach, xfach gemacht. Dies kostet Unsummen mehr Geld, als bei gebündelter Anstrengung nötig wäre. Außerdem kann die Digitalisierung bei einer Bündelung von Ressourcen auch schneller vorangetrieben werden. Auch die Qualität der Ergebnisse steigt bei einer gebündelten Entwicklung. Die quelloffene Zurverfügungstellung der Ergebnisse hat auch mehrere Vorteile. Hierdurch wird Transparenz dem Bürger gegenüber hergestellt. Fehler können schneller gefunden werden. Auch können Verbesserungen von außen vorgeschlagen werden.

Antrag 09: ESG-Reporting entschlacken: Weniger Bürokratie für Unternehmen

Antragsteller:	JU SL-FL
Status:	eingereicht

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 1 • Eine Reduzierung der Granularität der ESG-Reportingvorgaben, um den
- 2 bürokratischen Aufwand für Unternehmen zu senken.
- 3 • Eine Reduzierung der Berichtspflicht auf einen Fünfjahresrhythmus.
- 4 • Keine zusätzlichen ESG-Reporting-Pflichten für Unternehmen in den nächsten fünf
- 5 Jahren.
- 6 • Freiwillige Berichterstattung über Scope-3-Emissionen.

Begründung

Der Aufwand, der durch das ESG-Reporting für viele Unternehmen entsteht, steht oft in keinem Verhältnis zum tatsächlichen Nutzen – eine Kritik, die von zahlreichen Vertretern aus der Wirtschaft immer lauter geäußert wird. Mit der neuen CSRD wird der Anwendungsbereich der Berichtspflicht erheblich ausgeweitet. Ab 2026 müssen alle großen Kapitalgesellschaften und ihnen gleichgestellte Gesellschaften, unabhängig von ihrer Kapitalmarktorientierung, ESG-Berichte jährlich über das vorangegangene Geschäftsjahr veröffentlichen. Eine Kapitalgesellschaft wird gemäß § 267 des Handelsgesetzbuches als „groß“ eingestuft, wenn sie mindestens zwei der folgenden drei Kriterien erfüllt: eine Bilanzsumme von mindestens 25 Millionen Euro, Nettoumsatzerlöse von mindestens 50 Millionen Euro oder eine Beschäftigtenzahl von mindestens 250 Mitarbeitern. Diese Vorgaben erweitern den Kreis der berichtspflichtigen Unternehmen erheblich, wodurch die Zahl der vom ESG-Reporting betroffenen Unternehmen in Deutschland laut Schätzungen des Bundesministeriums der Justiz auf 14.600 ansteigt.

Unternehmen müssen eine enorme Menge an detaillierten Informationen liefern, um die Anforderungen der ESG- Standards zu erfüllen. Wir fordern, eine Reduzierung der Granularität der ESG-Reportingvorgaben, um den bürokratischen Aufwand für Unternehmen zu senken. Darüber hinaus soll die Berichtspflicht auf einen Fünfjahresrhythmus reduziert werden. Weniger häufige ESG-Berichte ermöglichen es Unternehmen, den bürokratischen Aufwand zu reduzieren und ihre Ressourcen effizienter auf die tatsächliche Umsetzung von ESG-Maßnahmen zu konzentrieren.

In den kommenden fünf Jahren sollen Unternehmen keine zusätzlichen ESG-Reporting-Pflichten auferlegt bekommen. Zusätzliche Vorgaben würden die Komplexität und den Aufwand für die Unternehmen weiter erhöhen und sie damit vor noch größere administrative Hürden stellen. Für eine wirksame Implementierung der bestehenden Reporting-Pflichten ist es notwendig, in den nächsten fünf Jahren auf weitere Vorschriften zu verzichten.

Besonders die Verpflichtung zur Offenlegung von Scope-3- Emissionen – also jener Emissionen, die indirekt entlang der gesamten Lieferkette entstehen – stellt eine erhebliche Belastung für die Unternehmen dar. Vor diesem Hintergrund setzen wir uns für eine freiwillige Berichterstattung über die Scope-3- Emissionen ein und das aufgrund dessen, da die Erfassung von Scope-3- Emissionen einen erheblichen Aufwand mit sich bringt, weil die Unternehmen komplexe Daten entlang ihrer gesamten

Lieferkette erheben müssen, was oft nur durch erhebliche Investitionen in unter anderem Personal möglich ist. Daher sollen Unternehmen selbst entscheiden können, ob und wann sie sich der Scope-3-Berichterstattung widmen möchten.

Antrag 10: Standortpolitik ist die beste Industriepolitik!

Antragsteller:	JU SL-FL
Status:	eingereicht

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 1 • Eine Abkehr von der Industriepolitik (Beeinflussung sektoraler
2 Produktionsstrukturen der Volkswirtschaft, i.d.R. einzelner Branchen) zu
3 einer Standortpolitik (Verbesserung unserer internationalen
4 Wettbewerbsfähigkeit), mit welcher der heimische Standort sich durch
5 wirtschaftsfreundliche Unternehmensbesteuerung und Regularien sowie
6 adäquater Infrastruktur prosperiert, statt dass man staatliche Beihilfen
7 für die Rettung von lobbyierenden Arbeitgeber- und Arbeitnehmergruppen
8 in privatwirtschaftlichen Sektoren verteilt, deren Branchen es ohne
9 Beihilfen aufgrund fehlender Produktivität nicht in ähnlich großen
10 Ausmaß geben würde, und es somit nicht zu Fehlallokationen der
11 volkswirtschaftlichen Ressourcen kommen soll.
- 12 • bundesregierungsinternen Leitlinien für Subventionen, welche vorsehen,
13 Finanzhilfen zu befristen, und im Zeitverlauf schrittweise abzusenken, wieder
14 folge zu leisten.
- 15 • den Abbau von Unternehmenssubventionen zugunsten von
16 Infrastrukturinvestitionen des öffentlichen Sektors.
- 17 • die Erhöhung der Staatsinvestitionsquote durch Konsolidierung des
18 Bundeshaushalts und Priorisierung von Investitionen, wofür
19 Einstreichungen von Steuererleichterungen und Ausgabenposten, die für
20 sich genommen wünschenswert, nicht aber unbedingt erforderlich sind, im
21 Angesicht des Investitionsstaus in Billionenhöhe von Nöten sind.
- 22 • EU-Mittel aus dem Wiederaufbaufonds an den Bund von insgesamt 28
23 Milliarden voll auszuschöpfen, indem der Bundesrechnungshof-Empfehlung folge
24 geleistet wird;
- 25 • dass die Aufgaben- und Finanzverantwortung zusammengeführt werden, um
26 für jene Maßnahmen, welche sich bei der Meilenstein- und
27 Zielerreichung des „DARF“ seit Juni 2020 verzögern, und die dafür
28 verantwortlich sind, dass für das Jahr 2022 vorgesehene EU-Mittel
29 nicht abgerufen wurden, bis spätestens August 2026 die erforderlichen
30 Anträge fristgemäß einreichen zu können.
- 31 • dass diejenigen Meilensteine und Ziele, deren Erreichungen gefährdet
32 wären, und resultierende Haushaltsrisiken von der Bundesregierung
33 identifiziert sind, und die Haushaltsgesetzgeber darüber in Vorkenntnis
34 gesetzt werden, ob und inwieweit die verantwortlichen Bundesressorts
35 ausbleibende Mittelzahlungen aus ihren Einzelplänen kompensieren werden
36 müssten.
- 37 • die Finanzierungsfreiheit bei Abzugsfähigkeit des Zinsaufwandes
38 wiederherzustellen/ Unternehmensinvestitionen mit Eigenkapitalaufstockung

- 39 und Fremdkapitalaufnahme anzukurbeln;
- 40 • dass die Abzugsfähigkeit nicht von Darlegung der wirtschaftlichen
41 Umstände oder unternehmerischer Entscheidungen abhängen darf,
- 42 • dass eine Beweislastumkehrung, wie vom Wachstumschancengesetz jetzt
43 vorgesehen, noch gekippt wird.
- 44 • dass die Gleichstellung von Eigenkapital und Fremdkapital bei
45 Unternehmen steuerlich gewährleistet wird,
- 46 • dass auf Eigenkapital bei kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) ein
47 fiktiver Zinssatz anzusetzen ist, welcher als Kapitalkosten vom zu
48 versteuernden Gewinn abgezogen werden kann.
- 49 • anzuerkennen, dass es mit Forschungsförderung der Chip- und
50 Halbleiterproduktion zu kurz gegriffen wäre und es den Aufbau von
51 industriellen Produktionskapazitäten bedarf, finanziert von der
52 Privatwirtschaft aber, statt durch Milliardensubventionen für einzelne
53 Unternehmen, mit der Hilfe von umfangreichen Abschreibungsmöglichkeiten
54 für die Produktionsbranche.

Begründung

ggf. mündlich

Antrag 11: Notfallseelsorge evaluieren und anpassen!

Antragsteller:	JU Kiel
Status:	eingereicht

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 1 • Die Überprüfung der Strukturen und Einsatzbereitschaft der Notfallseelsorge in
- 2 Schleswig-Holstein, sowohl im Ehren-, als auch im Hauptamt;
- 3 • Die Erstellung einer Strategie „Notfallseelsorge 2035“, die den erheblichen
- 4 Rückgang an Pastorinnen und Pastoren in Schleswig-Holstein sowie Personal von
- 5 anderen Sozialträgern berücksichtigt und auf mögliche Bedarfe reagiert.

Begründung

Die Notfallseelsorge ist ein elementarer Bestandteil der schnellen medizinischen Hilfe für Menschen in Notlagen. Ob bei kleineren Einsätzen oder bei großen Notlagen können Menschen so psychisch betreut und begleitet werden.

Ein Teil dieser Leistungen erbringt richtigerweise auch der kirchliche Sozialträger. Da jedoch die Anzahl der Pastorinnen und Pastoren und Seelsorgern anderer Sozialträger sinken werden, ist offen, ob die Leistung in einem gleichen Maße – auch zum Wohle der Seelsorgerinnen und Seelsorger – aufrechterhalten werden kann.

Damit es perspektivisch nicht zu einem Leistungsabfall kommt, bedarf es jetzt bereits eine zukunftsgerichtete Strategie, damit die psychische Betreuung in Ausnahmesituationen gewährleistet werden kann.

Antrag 12: Sofort Handeln – Förderung einer Meldestelle für Antislawismus und Ukrainefeindlichkeit in Schleswig-Holstein

Antragsteller:	JU Kiel
Status:	eingereicht

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 1 • die kurzfristige Bereitstellung von Landesfördermitteln für die Einrichtung
- 2 einer Meldestelle für Antislawismus und Ukrainefeindlichkeit,
- 3 • die Schaffung einer einheitlichen Übersicht beim Land über alle Meldestellen
- 4 betreffend Diskriminierung und Rassismus,
- 5 • langfristig eine zentrale Anlaufstelle beim Land, die sämtliche Anlaufstellen
- 6 vereint und alle Meldungen bezüglich Diskriminierung, Rassismus, etc. aufnimmt,
- 7 • die jährliche Evaluation aller eingegangener Meldungen.

Begründung

Die zunehmende Verbreitung von Antislawismus und Ukrainefeindlichkeit im Zuge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine stellt eine besorgniserregende Entwicklung dar. Viele Menschen aus der Ukraine haben auch bei uns in Schleswig-Holstein Schutz gesucht und sehen sich auch leider hier mit Vorurteilen, Diskriminierungen und Anfeindungen konfrontiert. Jüngste Beispiele wie Schmierereien in der Holtenauer Straße oder Andreas-Gayk-Straße sowie Störungen auf pro-ukrainischen Demonstrationen verdeutlichen diese Problematik einmal mehr. Um dieses besorgniserregende Phänomen auch statistisch sichtbar zu machen, bedarf es einer spezialisierten Meldestelle, die kurzfristig eingerichtet werden muss und sich am Beispiel der LIDA-SH orientieren sollte. Diese Meldestelle soll nicht nur Betroffenen eine Plattform bieten, sondern auch Daten zu den gemeldeten Vorfällen sammeln, um auf dieser Grundlage geeignete Gegenmaßnahmen zu entwickeln. Die Bereitstellung von Landesfördermitteln für den Aufbau einer solchen Meldestelle ist hierfür unerlässlich, damit diese schnell, gezielt und professionell eingerichtet werden kann. Bereits heute existieren in Schleswig-Holstein zwar zahlreiche Meldestellen, die sich mit verschiedenen Formen von Diskriminierung und Rassismus befassen. Jedoch fehlt es häufig an Transparenz und Übersichtlichkeit, welche Stellen für welche Diskriminierungsformen zuständig sind. Insoweit kann eine zentrale Übersicht, die alle Meldestellen auf Landesebene umfasst, den Betroffenen den Zugang zu Hilfe und Unterstützung erheblich erleichtern. Zudem ist langfristig der Aufbau einer zentralen Meldestelle auf Landesebene sinnvoll, um so Kräfte zu bündeln und die Effektivität im Kampf gegen Diskriminierung und Rassismus zu steigern. Außerdem ist eine jährliche Evaluation aller eingegangener Meldungen unerlässlich, um so gezielt Maßnahmen gegen Diskriminierung und Rassismus zu ergreifen und diese auch hinsichtlich ihrer Wirksamkeit zu analysieren. Insoweit würde eine Evaluation wertvolle Einblicke in die Verbreitung, Häufigkeit und Art der gemeldeten Fälle geben und somit die Grundlage für die Weiterentwicklung und Optimierung der Maßnahmen darstellen. Nur durch regelmäßige Überprüfung und Anpassung kann gewährleistet werden, dass die Strategien zur Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus auch tatsächlich wirksam sind und bleiben

Antrag 13: Steuergeld schützen – handeln, bevor es zu spät wird!

Antragsteller:	JU Kiel
Status:	eingereicht

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 1 • Die Streichung des Wortes „[Verkehrszeichen können auf einer] weißen
- 2 [Trägertafel aufgebracht sein.]“ in § 39 Abs. 4 S. 1 StVO.

Begründung

Im gesamten Land hat [NAH.SH](#) entgegen dem eindeutigen gesetzlichen Wortlaut neue Haltestellenschilder auf blauem Grund aufgestellt. Diese regelwidrige handeln ist im Sinne eines rechtsstaatlichen Handelns äußerst bedenklich und lässt an der Gesetzeskundigkeit von [NAH.SH](#) erheblich zweifeln.

Um einer Anordnung der obersten Straßenbaubehörde zuvorzukommen, die ein Ersatz aller dieser Verkehrszeichen zur Folge haben könnte, einschließlich der immensen (unnötigen) Kosten, muss das Land Schleswig-Holstein unverzüglich in einer Bundesratsinitiative das Wort „weißen“ ersatzlos aus § 39 Abs. 4 S. 1 StVO wieder streichen lassen. Bis 2006 war die Farbe der Trägertafel gesetzlich nicht bestimmt und hat keine erheblichen Probleme mit sich gebracht.

Vor knapp sechs Monaten mussten bereits die Dresdener Verkehrsbetriebe (richtigerweise auf Anordnung der obersten sächsischen Verkehrsbehörde) für 300.000 Euro ihre gesamten Verkehrszeichen ersetzen, da diese auf einer gelben Trägertafel aufgebracht worden sind. Dies gilt es nunmehr in Schleswig-Holstein zu verhindern.

Antrag 14: Duales Studium für das Lehramt

Antragsteller:	Kommission Bildung
Status:	eingereicht

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

1 **Duales Studium**

2 Thüringen geht einen neuen Weg bei der Lehrkräftegewinnung und schafft ein Duales
3 Studium für das Regelschullehramt. Der neue Studiengang kann ab Wintersemester
4 2024/25 an der Universität Erfurt studiert werden. 50 Studienplätze stehen im ersten
5 Jahr zur Verfügung. Dualstudierende erhalten vom Freistaat Thüringen einen
6 Studienvertrag mit einer monatlichen Vergütung und binden sich für die Zeit des
7 Studiums sowie fünf weitere Jahre (inklusive Vorbereitungsdienst) an den Freistaat.

8 Thüringen macht den ersten Aufschlag für ein duales Studium für das Lehramt. Dies
9 bietet viele Chancen. Zum einen haben die Studierenden so die Chance, schon innerhalb
10 des Studiums, bessere Praxiserfahrungen zu sammeln.

11 Zum anderen haben die Studierenden während des Studiums ein Gehalt, was bei vielen
12 Studierenden eine große Rolle spielt, überhaupt ein Studium zu beginnen.

13 Ein duales Studium ist auch für Schleswig-Holstein eine große Chance. Wir können den
14 Lehrermangel auf anderer Ebene bekämpfen, aber auch die Studierenden besser
15 ausbilden. Dadurch verringern wir auch die Möglichkeit, dass die Studierenden,
16 während des Studiums abbrechen, früh bemerken, dass dies nichts für sie ist oder nach
17 dem Studium ihren Vorbereitungsdienst in einem anderen Bundesland zu absolvieren,
18 denn: Die dualen Studierenden müssen sich nach dem Studium für das Referendariat in
19 Schleswig-Holstein binden.

20 **Rahmenbedingungen**

21 Ein duales Studium braucht aber einen genauen Ablauf, einen Zeitplan und gute
22 Vorbereitung. Zunächst muss geklärt werden, für welche Schulform dieses Modell Sinn
23 ergibt. Für das Sonderschullehramt gibt es bereits ein duales Studium, deshalb
24 empfiehlt sich die Einführung für Gymnasien, Gemeinschaftsschulen, Grundschulen und
25 Berufsschulen. Da diese Schulformen unterschiedlich stationiert sind, müssen sowohl
26 in Kiel als auch in Flensburg das duale Studium eingeführt werden.

27 Wichtig dabei zu erwähnen ist, ist das das duale Studium das reine universitäre
28 Studium nicht ersetzen soll. Es soll eine Ergänzung sein. Das liegt vor allem an den
29 Kapazitäten der Schulen. Auch deshalb fordern wir zunächst ein Kontingent von 100
30 dualen Studienplätzen in Schleswig-Holstein. Dieses Kontingent können gegebenenfalls
31 über die Jahre erhöht werden.

32 Auch das Bewerbungsverfahren muss geklärt sein. Wir fordern, dass dieses über das
33 Ministerium für Bildung läuft in Zusammenarbeit mit den Schulen und den
34 Universitäten. Da aber die Studierenden von Anfang an das duale Studium bei dem Land
35 angestellt sind, ergibt es Sinn, dass auch der Bewerbungsprozess darüber läuft. Dabei
36 muss das Ministerium die teilnehmenden Schulen auswählen. Es ist klar, dass nicht
37 alle Schulen die Kapazitäten haben werden, um duale Studierende aufzunehmen.

38 Bei dem Bewerbungsprozess ist es auch wichtig, einen Ausgleich zu schaffen zwischen

- 39 den verschiedenen Schulformen und Fächern und auch Standorten. Dabei sollen
40 Studierende mit Mangelfächer und Studierende, die sich für Schulen in Gebieten
41 entscheiden, die einen extremen Lehrkräftemangel haben bevorzugt werden.
- 42 Während der gesamten Dauer des Dualen Studiums bekommen Sie eine Vergütung (aktuell
43 pro Monat im Bachelor 1.400 €, im Master 1.650 €) – nach der Richtlinie der
44 Tarifgemeinschaft deutscher Länder.
- 45 Schleswig-Holstein soll sich bei den Kosten anhand des Gehaltes von
46 Vertretungslehrkräften während des Studiums orientieren. Das sorgt vor allem für
47 Anreize und auch Gleichstellung zu den anderen Studierenden.
- 48 Wenn ein Studierender des dualen Studiums sich doch dazu entscheiden sollte, sein
49 Studium abzubrechen oder nach dem Vorbereitungsdienst woanders hinzugehen, muss eine
50 sogenannte Rückzahlungsklausel greifen. Diese greift auch schon in anderen dualen
51 Studiengängen.
- 52 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:
- 53 • Ein duales Studium für das Grundschul- und Gemeinschaftsschullehramt am Standort
54 Flensburg
 - 55 • Ein berufsbegleitender Master für das Gymnasial- und Berufsschullehramt am
56 Standort Kiel
 - 57 • Im Jahr stehen 100 Plätze zur Verfügung, diese Kapazitäten können gegebenenfalls
58 erhöht werden
 - 59 • Der Studiengang kann immer noch ohne einen Praxisanteil absolviert werden
 - 60 • Für das Bewerbungsverfahren ist das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und
61 Kultur zuständig. Dieses muss eng mit den Schulen und Universitäten
62 zusammenarbeiten.
 - 63 • Ein Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Schulformen, Fächern und
64 Schulorten.
 - 65 • Der Verdienst für das duale Studium orientiert sich an das Gehalt der
66 Vertretungslehrkräfte während des Studiums. Das ist momentan am Tarif E-10 für
67 Bachelorstudierende gebunden und E-11 für Masterstudierende gebunden. Der
68 Verdienst darf allerdings nicht über den Verdienst als Referendar hinaus gehen.
 - 69 • Die Studierenden verpflichten sich dazu ihren Vorbereitungsdienst in Schleswig-
70 Holstein zu absolvieren, sowie danach mindestens zwei Jahre in Schleswig-
71 Holstein an einer öffentlichen Schule zu unterrichten.
 - 72 • Rückzahlungsklausel für Studienabbrecher
 - 73 • Vor dem Beginn des Studiums muss ein Praktikum an der ausgewählten
74 Praktikumsschule absolviert werden. Der Zeitraum hierfür sollte mindestens zwei
75 Wochen betragen und kann zwischen der Zusage und des Beginnes des Studiums
76 absolviert werden.
 - 77 • In den ersten vier Semestern des Bachelorstudium und den ersten zwei Semestern
78 des Masterstudiums ist man zwei Tage der Woche in der Schule und drei Tage in
79 der Woche in Universität
 - 80 • In den letzten zwei Semestern des Bachelor- und Masterstudiums ist man
81 phasenweise in den Semesterferien in der Schule

- 82 • Das Referendariat wird an der ausgewählten Schule absolviert.
- 83 • Dem Studierenden muss ein Mentor oder eine Mentorin bereitgestellt werden
- 84 • Das Referendariat kann auf 12 Monate verkürzt werden, wenn die Schule und das
85 Ministerium zustimmen.
- 86 • Die Studierenden müssen mindestens 120 Stunden im Semester hospitieren und
87 mindestens 60 Stunden im Semester selbst unterrichten.
- 88 • Den Studierenden wird ein Modul an der Uni angerechnet. Dafür müssen sie ein
89 Portfolio abgeben.

90 **In der Schule**

91 Der wichtigste Teil des dualen Studiums ist der Praxisanteil in der Schule. Die
92 teilnehmenden Schulen werden von dem Ministerium ausgewählt. Dabei müssen sie auch
93 einige Auflagen erfüllen. Dazu gehört, dass den Studierenden ein Mentor oder eine
94 Mentorin beiseitegestellt werden. Der Mentor oder die Mentorin ist dafür zuständig,
95 dass der Studierende in der Schule gut betreut wird und auch selbst unterrichten
96 darf. Zudem ist diese Person dafür zuständig, dass die Studierenden regelmäßig
97 Rückmeldung bekommen. Zudem ist der Mentor oder die Mentorin für die Benotung des
98 Portfolios zuständig.

99 Die Studierenden bleiben während des gesamten Studiums an einer Praktikumsschule. Vor
100 dem Start des Studiums an der Universität müssen die Studierenden ein vierwöchiges
101 Praktikum an der Schule absolvieren. Das hilft, dass die Studierenden die Schule und
102 die Schülerschaft bereits kennenlernen können.

103 Während der ersten vier Semestern sind die Studierenden zwei Tage der Woche in der
104 Schule und die anderen drei Tage an der Universität. Das ist möglich, da die
105 Universität in der Regel in den ersten Semestern eine Breite an Kurse anbieten,
106 sodass die Studierenden durchaus ihre Kurse in drei Tagen der Woche absolvieren
107 können. Zudem ist es möglich, dass die Studierenden sich jedes Semester erneut mit
108 der Schule abstimmen, an welchen Tagen sie an der Schule sind.

109 In den letzten zwei Bachelorsemestern ist es sinnvoller ganze Praxisphasen in den
110 Semesterferien zu haben. Das hat zwei Hintergründe. Zum einen haben die Studierenden
111 die Schule in den letzten zwei Jahren schon kennenzulernen. Längere Praxisphasen
112 haben den Vorteil, dass die Studierenden nicht immer wieder durch die Pause
113 unterbrochen werden. Zudem können sie gegebenenfalls ganze Kurse übernehmen und
114 Vertretungsstunden, sodass kein Unterricht ausfallen wird. Zudem steht im sechsten
115 Semester auch die Bachelorarbeit an, an der die Studierenden wochenlang am Stück
116 arbeiten müssen. Deshalb ist auch hier eine Unterbrechung nicht sinnvoll.

117 Für die Zeit des Masterstudiums schlägt die Jungen Union den gleichen Ablauf wie im
118 Bachelorstudium vor. In den ersten zwei Semestern sind die Studierenden zwei Tage in
119 der Woche in der Schule und in den letzten zwei Semestern phasenweise in den
120 Semesterferien.

121 Im Regelfall soll auch das Referendariat an dieser Schule absolviert werden. Dafür
122 ist eine erneute Bewerbung beim Land nicht notwendig. Das Referendariat kann mit
123 einem entsprechenden Antrag und einer Entscheidung von der Schule und vom Ministerium
124 auf 12 Monate verkürzt werden.

125 Während des Praxisanteils müssen auch die Studierenden einen Pflichtanteil

126 absolvieren. Dazu zählen pro Semester 40 Stunden Hospitation und 20 Stunden
127 eigenständig unterrichten. Zudem müssen sie nach jedem Semester ein Portfolio
128 abgeben, in dem sie die Hospitationen und selbst unterrichteten Stunden analysieren

129 **Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:**

- 130 • Vor dem Beginn des Studiums muss ein Praktikum an der ausgewählten
131 Praktikumschule absolviert werden. Der Zeitraum hierfür sollte mindestens zwei
132 Wochen betragen und kann zwischen der Zusage und des Beginnes des Studiums
133 absolviert werden.
- 134 • In den ersten vier Semestern des Bachelorstudium und den ersten zwei Semestern
135 des Masterstudiums ist man zwei Tage der Woche in der Schule und drei Tage in
136 der Woche in Universität
- 137 • In den letzten zwei Semestern des Bachelor- und Masterstudiums ist man
138 phasenweise in den Semesterferien in der Schule
- 139 • Das Referendariat wird an der ausgewählten Schule absolviert.
- 140 • Dem Studierenden muss ein Mentor oder eine Mentorin bereitgestellt werden
- 141 • Das Referendariat kann auf 12 Monate verkürzt werden, wenn die Schule und das
142 Ministerium zustimmen.
- 143 • Die Studierenden müssen mindestens 120 Stunden im Semester hospitieren und
144 mindestens 60 Stunden im Semester selbst unterrichten.
- 145 • Den Studierenden wird ein Modul an der Uni angerechnet. Dafür müssen sie ein
146 Portfolio abgeben.

147 **Das Studium**

148 Im Studium verändert sich für die Studierende nicht so viel zu dem bisherigen Modell.
149 Sie studieren mit den anderen nicht-dual-Studierenden zusammen. Sie absolvieren auch
150 alle Kurse zusammen. Es gibt aber einige Unterschiede: Sie müssen nicht die bisher
151 geforderten Praktikumsphasen absolvieren, da sie ja schon Zeit in der Schule
152 verbringen. Auch das Grundschulpraktikum nach dem zweiten Semester fällt weg.

153 Zudem haben die dualen Studierenden Vorrang bei der Kurswahl. Das liegt daran das die
154 dual-Studierenden zwei Tage in der Woche in der Schule sein müssen und deshalb ihre
155 Kurse frühzeitig sein müssen.

156 Zudem fällt ein Praxismodul für diese Studierende weg, da sie ja nicht die
157 Regelpraktika absolvieren, sondern dauerhaft an der Schule sind. Dieses Modul wird
158 durch ein anderes Modul ersetzt. Dieses Modul ist auch ein Praxismodul und wird aber
159 anders als das bisherige Praxismodul, durch den Mentor oder der Mentorin an der
160 Schule bewertet.

161 Die Universität muss einen Austausch anbieten für die dual Studierenden. Pro
162 Universität wird es zunächst 50 Plätze geben.

163 **Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:**

- 164 • Ein Vorrang bei der Kurswahl der dualen Studierenden
- 165 • Wegfall der vorgesehenen Praktika für die dualen Studierenden
- 166 • Wegfall des Praxismodul im Zusammenhang der vorhergesehenen Praktika
- 167 • Zusatzmodul für den praktischen Teil mit der Benotung der Dozenten

168 Austauschangebot für alle dualen Studierenden

Antrag 15: Blauzungenkrankheit bekämpfen

Antragsteller:	JU Dithmarschen
Status:	eingereicht

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 1 • die Wiedereinführung einer Impfpflicht für Schafe gegen die sog.
- 2 Blauzungenkrankheit.
- 3 • die Bereitstellung des Impfstoffes durch das Land Schleswig-Holstein und die
- 4 Übernahme der Impfung durch die Schäfer.
- 5 • eine Beobachtung und Evaluation der Auswirkungen der Krankheit auf die Zahl der
- 6 Lämmer.

Begründung

Seit Juli 2024 steigen in Deutschland und auch in Schleswig-Holstein die Fallzahlen der an der sog. Blauzungenkrankheit erkrankten Schafe stark an. Bereits in den Jahren 2008 und 2009 gab es einen starken Ausbruch der Blauzungenkrankheit in Deutschland. Damals organisierten der Bund und die Länder die Beschaffung von Impfstoff und es wurde eine Impfpflicht für Schafe, Ziegen und Rinder angeordnet. Aktuell kostet die Impfung ungefähr 6 Euro und wird vom Land bezuschusst mit einem Euro pro Schaf und zwei Euro pro Rind, welche zwei Mal geimpft werden müssen.^[1] Gerade für Betriebe mit einem großen Tierbestand können so schnell hohe Kosten entstehen, wenn sie ihre Herde schützen möchten. Im Interesse einer schnellen Bekämpfung der Krankheit ist eine schnelle Impfung der betroffenen Tierarten unabdingbar.

Die Zahl der Todesfälle durch die Krankheit sorgt bereits dafür, dass die Abdecker überlastet sind.^[2] Dadurch entsteht nicht nur ein enormer wirtschaftlicher Schaden bei den Landwirten und Schäfern, der teilweise sogar existenzgefährdend ist, sondern die Krankheit kann auch Auswirkungen auf den Küstenschutz haben. Die Schafe sorgen an den Deichen dafür, dass die Grasnarbe fest ist und tragen so zu einem effektiven Küstenschutz bei.

Aus diesen Gründen ist der Blauzungenkrankheit mit effektiven Mitteln entgegenzutreten.

^[1]<https://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Blauzungenkrankheit-Impfungen-laufen-Infektionszahl-steigt,blauzungenkrankheit144.html>

^[2]<https://www.boyens-medien.de/artikel/lokales/blauzungenkrankheit-die-abdecker-kommen-kaum-hinterher-855839.html>

Antrag 16: Eine starke ambulante Versorgung als Grundpfeiler unseres Gesundheitssystems

Antragsteller:	Kommission Gesundheit und soziale Sicherungssysteme, JU Stormarn
Status:	eingereicht

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 1 • die Gründung und den Betrieb von Investor-getragenen medizinischen
2 Versorgungszentren (iMVZ) stärker zu regulieren. Die Gründung eines MVZ sollte
3 nur durch Kliniken oder Zusammenschlüsse von Ärzten mit regionalem und
4 fachlichem Bezug möglich sein. Von zentralem Interesse ist dabei die
5 Vorrangigkeit einer qualitativ hochwertigen und flächendeckenden
6 Gesundheitsversorgung vor finanziellen Interessen Investor-getragener Zentren.
- 7 • nach einer Bestandsschutzfrist von 10 Jahren die Prüfung medizinischer
8 Versorgungszentren bezüglich der Erfüllung der neuen Gründungsregularien.
- 9 • die striktere Prüfung von Medizinischen Versorgungszentren bezüglich der
10 Erfüllung ihres Versorgungsauftrags.
- 11 • Förderung von Investor-unabhängigen Praxisverbänden (z.B. genossenschaftliche
12 Modelle oder kommunale Modelle), um die Niederlassung für Ärzte in der Fläche
13 attraktiver zu gestalten.
- 14 • die Abschaffung der Budget-abhängigen Vergütung im ambulanten Sektor.
- 15 • eine flexiblere Abstufung der Kassensitze bei Teilzeitarbeit.
- 16 • eine Reform der Bedarfsplanung insbesondere im Hinblick auf die
17 psychotherapeutische Versorgung, wobei es vor allem die Verhältniszahlen neu zu
18 definieren gilt.

Begründung

Ein Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) kann in Deutschland durch ein zugelassenes Krankenhaus, zugelassene Ärzte, bestimmte gemeinnützige Träger und anerkannte Praxisnetze gegründet werden. Die zugelassenen Krankenhäuser müssen regional und fachlich keinen Bezug zum jeweiligen MVZ haben. Dadurch ist es zum attraktiven Geschäftsmodell für ausländische Finanzinvestoren geworden Kliniken aufzukaufen und im großen Stil MVZs zu gründen. Insbesondere im Bereich der Augenheilkunde wird das zunehmend zum Problem. In Schleswig-Holstein ist die überwiegende Mehrheit der Praxen durch Sanoptis aufgekauft. In ganz Deutschland gehören Sanoptis 138 Praxisstandorte in der Augenheilkunde. Hinter Sanoptis steckt eine belgische börsenorientierte Beteiligungsgesellschaft. Durch diese zunehmende Kommerzialisierung im ambulanten Sektor entstehen zahlreiche Probleme. Zum einen gehen dem Fiskus hohe Steuereinnahmen ins Ausland verloren. Zum anderen übertragen Beteiligungsgesellschaften häufig Schulden auf die deutschen Praxen. Des Weiteren wird durch den Besitz von Praxen auch Einfluss auf die Gesundheitsversorgung genommen. So werden gewisse Leistungen der Grundversorgung aufgrund der schlechten Wirtschaftlichkeit nicht mehr angeboten. Gleichzeitig werden den Patienten aber teure Selbstzahlerleistungen angedreht.

Um diese Entwicklung zu unterbrechen, gilt es die Gründung von MVZs stärker zu regulieren. Die Gründung von MVZs sollte nur noch durch Kliniken erfolgen können, die regionalen und fachlichen Bezug zum

jeweiligen MVZ haben. Der regionale Bezug kann hier durch das definierte Einzugsgebiet im Landesbettenplan definiert werden. Nach einer Bestandsschutzfrist von 10 Jahren sollten bestehende MVZs auf die Einhaltung der neuen Gründungsregularien geprüft werden. Um zu verhindern, dass Leistungen der Grundversorgung in einigen MVZs nicht mehr angeboten werden, muss eine regelmäßige Prüfung von MVZs bezüglich der Erfüllung ihres Versorgungsauftrages erfolgen.

Viele Ärzte meiden die Selbstständigkeit. Es fehlt an betriebswirtschaftlicher Ausbildung. Außerdem ist das hohe private wirtschaftliche Risiko für viele junge Menschen unattraktiv. Dies spielt teilweise bei Versorgungsengpässen in ländlichen Regionen eine Rolle. Eine Lösung für dieses Problem können kommunal oder genossenschaftlich betriebene Arztpraxen sein. Aus diesem Grund fordert die Junge Union Schleswig-Holstein diese Konzepte stärker zu fördern.

In Deutschland ist die Vergütung von ambulanten Ärzten extrem kompliziert. Es wird unterteilt in budgetäre (etwa 2/3) und extrabudgetäre Leistungen (etwa 1/3). Die extrabudgetären Leistungen umfassen vor allem Impfungen und Vorsorgeuntersuchung. Hier bekommt der niedergelassene Arzt genau den Preis pro Untersuchung, der im einheitlichen Bewertungsmaßstab festgelegt ist. Die budgetären Leistungen werden anders abgerechnet. Hier gibt es ein vorgeschriebenes Budget für den niedergelassene Arzt. Alle Untersuchungen, die über das Budget hinaus gemacht werden, werden unabhängig von ihrer Notwendigkeit nicht vergütet. Daraus ergibt sich das indizierte Untersuchungen nicht vergütet werden, was natürlich auch ethisch fragwürdig ist. Außerdem wird die Niederlassung unattraktiv. Dies betrifft insbesondere den Bereich der Kinder- und Jugendmedizin. Aus diesem Grund setzt die Junge Union Schleswig-Holstein sich für eine Abschaffung der Budgetierung im ambulanten Sektor ein.

Angestellte Ärzte im ambulanten Sektor sind auch teil der Bedarfsplanung. Je nach geleisteter Stundenzahl gibt es hier vier Abstufungen für die Einbeziehung in die Bedarfsplanung. Lediglich vier Abstufungen vorzunehmen, führt natürlich zu Ungenauigkeiten. So besetzt eine Person mit 30 Wochenstunden genauso einen ganzen Kassensitz wie eine Person mit 40 Wochenstunden. Dadurch gehen natürlich anteilig Kassensitze, die in der Bedarfsplanung vorhanden wären, verloren. Aus diesem Grund fordert die Junge Union Schleswig-Holstein hier stärker mit der Zeit zu gehen und mehr Abstufungen zu finden.

In Deutschland warten Patienten und Patientinnen durchschnittlich etwa 3 Monate auf ein Erstgespräch für eine Psychotherapie und danach nochmal durchschnittlich 4,5 Monate auf den Beginn der Psychotherapie. Im Kontrast dazu steht, dass es auf ausgeschriebene Sitze für Psychotherapeuten und Psychotherapeutinnen mehr als ausreichend Bewerber und Bewerberinnen finden. Es zeigt sich, dass die Bedarfsplanung hier an der Lebensrealität vorbei geht. Die Bedarfsplanung wird anhand der Verhältniszahlen aus dem Jahr 1992 festgelegt. Dabei wird seit der Reform 2019 nun zusätzlich die regional unterschiedliche Morbidität berücksichtigt. Allerdings wird bis heute der wissenschaftliche Fortschritt der Medizin, der seit 1992 riesige Fortschritte im Bereich der Psychiatrie und Psychotherapie gemacht hat, wodurch viel mehr therapeutische und diagnostische Möglichkeiten auf diesem Fachgebiet entstanden sind, nicht berücksichtigt.

Antrag 17: Nicht zum Lachen – Missbrauch von Lachgas einschränken!

Antragsteller:	Kommission Gesundheit und soziale Sicherungssysteme
Status:	eingereicht

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 1 • In Gaststätten, Verkaufsstellen oder sonst in der Öffentlichkeit darf Lachgas (
2 Distickstoffmonoxid) an Kinder und Jugendliche weder abgegeben noch darf ihnen
3 der Verzehr gestattet werden.
- 4 • In der Öffentlichkeit darf Lachgas (Distickstoffmonoxid) nicht in Automaten
5 angeboten werden. Dies gilt nicht, wenn ein Automat
6 • 1. An einem für Kinder unzugänglichen Ort aufgestellt ist oder
7 • 2. In einem gewerblich genutzten Raum aufgestellt und durch technische
8 Vorrichtungen oder durch ständige Aufsicht sichergestellt ist, dass Kinder
9 und Jugendliche Lachgas oder Lachgasbehälter nicht entnehmen können.
- 10 • Die im Einzelhandel sowie im Onlinehandel an Endverbraucher verkäufliche
11 Lachgasbehältergröße sowie die Höchstmenge an Lachgasbehältern, die an den
12 Endverbraucher abgegeben werden können, sind auf ein haushaltsübliches Höchstmaß
13 zu begrenzen.
- 14 • Der Verkauf von Lachgas (Distickstoffmonoxid), das mit Geschmackszusätzen und
15 Süßstoffen versetzt wurde, ist zu unterbinden.
- 16 • Eine multimediale Aufklärungskampagne zu den Gefahren des missbräuchlichen
17 Konsums von Lachgas (Distickstoffmonoxid) unter Einbeziehung aktueller
18 Studiendaten und wissenschaftlicher Erkenntnisse und mit besonderem Fokus auf
19 den Jugendschutz möge ausgearbeitet und im gesamten Bundesgebiet publiziert
20 werden.
- 21 • Der zweckgemäße Gebrauch von Lachgas (Distickstoffmonoxid) als Narkosemittel und
22 Anästhetikum in der Medizin sowie als Treibmittel in Industrie und Haushalt soll
23 weitestgehend uneingeschränkt möglich bleiben, dazu sind derartige berechnete
24 Bedarfe bei der Formulierung eines möglichen Lachgasgesetzes besonders zu
25 berücksichtigen.

Begründung

Seit Jahren nimmt der missbräuchliche Konsum von in Deutschland bisher unreguliert verkäuflichem Lachgas (Distickstoffmonoxid) zu. Insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene nutzen den einfachen Zugang zu überdimensioniert großen Behältnissen des Gases, das in der Medizin als Narkosemittel und zur Schmerzlinderung eingesetzt wird, aus, um einen kurzen und scheinbar harmlosen Rauschzustand zu erleben. Befeuert wird diese Entwicklung von Trends in sozialen Netzwerken, die besonders junge Menschen erreichen, wobei das enorme Risikopotenzial oft weder dem Umfeld noch den Konsumenten selbst bekannt ist und aufgrund des legalen Beschaffungsweges oft unterschätzt wird.

Distickstoffmonoxid führt dabei nicht nur zu akuten Schädigungen durch Fehler in der Handhabung und Dosierung des Gases wie Sauerstoffmangel, Bewusstlosigkeit oder Ersticken sowie Erfrierungen im Gesicht und an Mund, Rachen und oberen Atemwegen, sondern auf Dauer auch zu einem chronischen Mangel an

Vitamin B12, das für die Synthese der Aminosäure Methionin und damit praktisch aller Proteine essenziell ist. Gerade in Kombination mit veganer Ernährung kann ein Missbrauch von Lachgas schon schnell einen B12-Mangel zur Folge haben. Dies kann zu Schädigungen der Blutbildung und des Knochenmarks sowie zu bleibenden Schäden an Nerven, Rückenmark und Gehirn führen. Ein weites Spektrum an Symptomen wie Empfindungsstörungen, Taubheit, Koordinationsproblemen oder sogar Lähmungen können die Folge sein und werden in letzter Zeit immer häufiger in neurologischen Kliniken und in Notaufnahmen beobachtet. Zusätzlich besteht die Gefahr bisher ungeklärter Wechselwirkungen mit Alkohol und anderen Drogen, durch die die Wirkung verstärkt und das Risiko für Bewusstlosigkeit oder Atemprobleme erhöht werden kann. Auch die halluzinogene, angstlösende, narkotisierende und schmerzhemmende Wirkung des Gases bergen in der Situation während des Konsums Gefahren und können eine psychische Abhängigkeit von der legalen Partydroge zur Folge haben.

Situationen wie im niedersächsischen Gifhorn, wo große Lachgaskartuschen aus einem Automaten in der Nähe einer Schule verkauft wurden, aber auch steigende Unfallzahlen und Krankenhausaufenthalte im Zusammenhang mit Lachgas verdeutlichen die Dringlichkeit, mit der das Problem des unkontrollierten Missbrauchs behandelt werden sollte.

Dieser Antrag stellt dabei den Jugendschutz an die erste Stelle unserer Bemühungen zur Regulierung von Lachgas und lässt dabei legitime Anwendungen von Lachgas als Treibmittel für Sahne oder den Nutzen als Medizinprodukt nicht außer Acht. Im Verkauf streben die Forderungen des Antrags eine ähnliche Handhabung wie die von alkoholischen Getränken an und adressieren die für einen sinngemäßen Gebrauch unrealistisch großen Behältnisse und Abgabemengen, in denen Lachgas mittlerweile nicht nur in Supermärkten und im Internet, sondern auch in vielen Szenevierteln erhältlich ist. Schlussendlich reichen aber weder ein Verbot noch eine weitreichende Verkaufsbeschränkung aus, um den Lachgasmissbrauch suffizient zu unterbinden. Hierzu bedarf es umfassender Aufklärungsmaßnahmen und eines allgemeinen Bewusstseins für die Risiken des Lachgaskonsums und den Missbrauch des Narkosemittels als Partydroge.

Antrag 18: Wandel im Arbeitsmarkt begleiten - CO-Working Spaces aktiv und sinnvoll fördern

Antragsteller:	JU Stormarn
Status:	eingereicht

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 1 • eine Umsetzung der Forderung im Koalitionsprogramm der Landesregierung zur
2 Erstellung einer Förderrichtlinie, zwecks Förderung des Co-Working-Modells aus
3 Gründen der höheren Flexibilität für die Arbeitnehmer, eine leichtere
4 Vereinbarkeit von Familie und Beruf, einer besseren Arbeitsatmosphäre und einer
5 Schonung des Klimas.
- 6 • dass dabei insbesondere nach Möglichkeit große Freiflächen vermieden werden und
7 der bestehende Platz für die Errichtung von Arbeitsplätzen genutzt wird.
- 8 • dass dabei geprüft werden möge, ob sich die Möglichkeit des Shared-Desk-Modells
9 in die Förderrichtlinie implizieren lässt, um so die wirtschaftliche
10 Attraktivität für Personen die halbwöchig im Außendienst sind zu erhöhen.

Begründung

Die Anforderungen an einen Arbeitsplatz steigen. Dabei steigen ebenso die Anforderungen an den Ort des Arbeitsplatzes. Er soll möglichst flexibel und gut zu erreichen sein. Gleichzeitig eröffnet die zunehmende Digitalisierung der Unternehmen die Möglichkeit, das sogenannte Home Office effektiver und stärker zu nutzen.

Allerdings stellen sich bei einem Arbeitsplatz im eigenen Zuhause verschiedene Herausforderungen. Dazu können zum Beispiel die Ablenkungen des Haushalts, die fehlende Arbeitsatmosphäre und eine instabile Internetverbindung zählen. Ein richtig ausgestatteter und nur für die Arbeit gewidmeter Ort, wie im Co-Working-Modell, wirkt diesen Problemen entgegen und sorgt zusätzlich dafür, dass eine emotionale Trennung zwischen Arbeitsplatz und Zuhause bestehen bleibt.

Auch jetzt schon ist das Co-Working-Modell immer verbreiteter. Auch in Deutschland gewinnt ein solches Modell für Unternehmen immer mehr an Attraktivität, da sich die Raummieten von der Steuer absetzen lassen, der Mitarbeiter eine bessere Arbeitsatmosphäre als im eigenen Zuhause hat und auch Mitarbeiter aus entfernten Städten und Regionen für das Unternehmen tätig werden können. Außerdem sorgen kürzere Fahrtstrecken zum Arbeitsplatz für eine Schonung des Klimas und eine leichtere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Zusammengefasst bietet das Co-Working-Modell eine Vielzahl von Vorteilen sowohl für Unternehmen als auch für Mitarbeiter. Es stellt eine zukunftsweisende Lösung dar, die den modernen Anforderungen an Flexibilität, Erreichbarkeit und Umweltbewusstsein gerecht wird.

Antrag 19: Wehrhafte Demokratie: Maßnahmen zur Sicherheit und Unterstützung von Kommunalpolitikern

Antragsteller:	JU Stormarn
Status:	eingereicht

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 1 • insbesondere bei Kommunalwahlen, die Wohnortangaben der Kandidierenden auf den
2 Stimmzetteln auf die Postleitzahl und den Wohnort zu beschränken, um so, gerade
3 in den Zeiten der politischen Anspannung und zunehmenden Gewaltbereitschaft
4 gegen Politiker, einen Schutz des Wohnortes aufrechtzuerhalten.
- 5 • die Errichtung einer Anlaufstelle für Opfer von Gewalt und Drohungen gegen
6 Mandatsträger zur Vermittlung von Unterstützungs- und Hilfsangeboten und
7 gegebenenfalls zur Einleitung von ersten Maßnahmen, wie der psychischen
8 Betreuung, Beratungsangeboten und strafrechtlichen Möglichkeiten oder der
9 Organisation eines vorübergehenden Schutzraumes.
- 10 • die Schaffung von standardisierten Verfahrensabläufen bei dem Umgang mit Gewalt,
11 Drohungen und Nachstellungen gegen Mandatsträger zur Orientierung für
12 Staatsanwaltschaften und die Polizei.
- 13 • härtere Strafen für Täter, die bewusst Gewalt, Drohungen oder Nachstellung gegen
14 Mandatsträger richten.

Begründung

Immer häufiger hört man von gezielten Angriffen auf Politiker mit Drohungen oder Gewalt mit dem Ziel einzuschüchtern. Es handelt sich bei den Angriffen von Matthias Ecke und Joe Chialo nicht um Einzelfälle. Auch bei uns in Schleswig-Holstein werden selbst Kommunalpolitiker immer häufiger Opfer von Einschüchterungsversuchen.

Das ist eine ernstzunehmende Entwicklung, die dringend Handeln erfordert.

Denn wer bewusst Mandatsträger angreift, greift die Demokratie und auch alle anderen Demokraten an. Menschen, die ihre Stimme einbringen und dafür durch Wahlen von den Bürgerinnen und Bürgern bestätigt werden müssen sich weiterhin sicher fühlen können und die Unterstützung erhalten, die sie in Folge von Angriffen benötigen.

Dafür ist es elementar alle möglichen Schritte zu nutzen um einen bestmöglichen Schutz gewährleisten zu können. Dabei ist ein wichtiger Schritt den Wohnort der Kandidierenden zu schützen, indem man die Wohnortangaben auf den Wahlzetteln auf die Postleitzahl und den Ort beschränkt. Außerdem sollte es eine Anlaufstelle für Opfer geben um diese bestmöglich nach einem Angriff betreuen und unter Umständen auch erste Maßnahmen einleiten zu können. Eine solche Stelle ist erforderlich, um die Betroffenen in einer solchen Situation bestmöglich betreuen und beim weiteren Verfahren unterstützen zu können. Zudem ist die Vermittlung von weiteren Hilfsangeboten eine wichtige Stütze zur Aufarbeitung des Erlebnisses. Um potenzielle Täter abzuschrecken ist es außerdem erforderlich das Strafmaß von bewussten Angriffen auf Politiker zum Zweck der Einschüchterung zu erhöhen.